



Hauptausschuss

7. Sitzung (öffentlicher Teil)*

1. Februar 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 bis 12.15 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Stenograf: Otto Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung 1

Der Ausschuss kommt auf Bitten des Rechtsausschusses einvernehmlich überein, die im Zusammenhang mit der für den 25. April terminierten Anhörung zur Verankerung des Tierschutzes in der Landesverfassung vereinbarte Liste der Anzuhörenden und den Fragenkatalog zu erweitern.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/400, 13/620
Vorlage 13/292

1

In seinem zweiten Beratungsdurchgang befasst sich der Ausschuss mit den im Zusammenhang mit dem Einzelplan 02

* nichtöffentlicher Teil siehe APr 13/194

- Ministerpräsident und Staatskanzlei - in der letzten Sitzung offen gebliebenen Themen "Auswirkungen der Neubesetzung der Stelle des Regierungssprechers/der Regierungssprecherin" und "Kosten-Nutzen-Analyse der finanziellen Ausstattung der Projekt Ruhr GmbH".

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 13/371
Vorlagen 13/340, 13/429

Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der F.D.P. ab.

(Kein Diskussionsprotokoll)

3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahl zum Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen (Landeswahlgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/615

3

Der Ausschuss diskutiert im Wesentlichen über einen Zeitplan zur Behandlung des Gesetzentwurfs und kommt dabei zu keinem Ergebnis. Der Gesetzentwurf wird erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/322

10

Der Ausschuss kommt überein, dass sich die Obleute über weitere regelungsbedürftige Punkte im PUA-Gesetz austauschen und der Ge-

setzentwurf erneut auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gesetzt wird.

5 Haltung der Landesregierung zur Diskussion um den Umzug weiterer Bundesministerien von Bonn nach Berlin 11

- Bericht der Landesregierung

- Aussprache

6 Unterbringungskonzept der Landesregierung

Vorlage 13/261

-

Dieser Punkt wird in nichtöffentlicher Sitzung behandelt; siehe dazu das Ausschussprotokoll 13/194.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet **Vorsitzender Edgar Moron**, zu der für den 25. April terminierten Anhörung zur Verankerung des Tierschutzes in der Landesverfassung hätten die Fraktionen inzwischen den Kreis der Anzuhörenden und den Fragenkatalog untereinander abgestimmt. Gestern habe ihn ein Schreiben des Vorsitzenden des Rechtsausschusses erreicht, in dem dieser darum bitte, den Kreis der Sachverständigen um Herrn Prof. Gusy von der Universität Bielefeld zu erweitern und den Fragenkatalog um folgende fünfte Frage zu ergänzen: "Hat die Verfassungsänderung in der Landesverfassung Einfluss auf die Anwendung einfachen Bundesrechts?" - Damit ist der **Ausschuss** einverstanden.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/400, 13/620
Vorlage 13/292

In seinem zweiten Beratungsdurchgang befasst sich der **Ausschuss** mit den im Zusammenhang mit dem Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - in der letzten Sitzung offen gebliebenen Themen.

Zu der Frage nach den Auswirkungen der Neubesetzung der Stelle des Regierungssprechers/der Regierungssprecherin teilt **Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Adamowitsch** mit, die Neubesetzung habe keine haushaltsrelevanten Auswirkungen.

Der Ministerpräsident habe auf dem Medientreffen der Landesregierung am 17. Januar bekannt gegeben, dass Herr Klenke mit Ablauf des Monats Februar aus dem Amt ausscheide und zum 1. März Frau Prof. Dr. Miriam Meckel seine Nachfolgerin werde. Sie werde als Staatssekretärin und Regierungssprecherin für das Landespresseamt und den Bereich Medien und Telekommunikation in der Staatskanzlei verantwortlich sein.

Die Gründe für das Ausscheiden von Herrn Klenke seien bekannt. Nach dem schweren operativen Eingriff im Spätsommer letzten Jahres habe Herr Klenke für sich die Entscheidung getroffen, kürzer zu treten, und deswegen den Ministerpräsidenten gebeten, ihn zu entlassen. Das bedeute für Herrn Klenke, dass er ohne Versorgung aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit im öffentlichen Dienst ausscheide. Ihm stünden keine Übergangsgelder zu. Das Land werde für Herrn Klenke ab 1. März keine Versorgungsaufwendungen zu leisten haben.

So genannte politische Beamte seien, wenn sie nach dem 31. Dezember 1988 ernannt worden seien, erst dann versorgungsberechtigt, wenn sie mehr als fünf Jahre im Amt seien oder über anrechenbare Vordienstzeiten verfügten. Dies sei bei Herrn Klenke nicht der Fall.

Zum Thema "Kosten-Nutzen-Analyse der finanziellen Ausstattung der Projekt Ruhr GmbH" legt der Chef der Staatskanzlei dar, für die Landesregierung stehe bei allen ihren politischen Ansätzen im Mittelpunkt, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und den Strukturwandel im Lande voranzutreiben. Er verweise in diesem Zusammenhang auf die guten Ergebnisse z. B. der Regionalkonferenzen, die seit vielen Jahren in Nordrhein-Westfalen in regionaler Verantwortung und im regionalen Konsens erfolgreich durchgeführt würden.

Aufgrund der besonderen strukturpolitischen Situation im Ruhrgebiet habe es bekanntlich eine Diskussion über die Notwendigkeit gegeben, auch Kommunalgrenzen überschreitende Fragen nach vorn zu bringen. Er erinnere daran, dass sich der KVR seinerzeit selber dieser Aufgabe gestellt habe. Im Auftrag des KVR habe es dann ein Gutachten von Roland Berger mit Organisationsvorschlägen gegeben, wie man das Kommunikationsdefizit im Ruhrgebiet überwinden könne. Diese Überlegungen hätten sich im Ruhrgebiet aber nicht durchsetzen lassen.

Dies sei für die Landesregierung der Grund gewesen, die Projekt Ruhr GmbH mit dem Ziel zu gründen, Innovationen zu fordern und zu fördern, Innovationsprozesse und Kompetenzen zu verstärken sowie Ideen zu vernetzen.

Vorsitzender Edgar Moron macht darauf aufmerksam, dass sich Ausführungen zu dem Thema auch auf den Seiten 35 bis 38 des Erläuterungsbandes zum Einzelplan 02 fänden.

Werner Jostmeier (CDU) macht deutlich, er habe dieses Thema angeschnitten, um zu vermeiden, dass laufende Projekte gefährdet würden, wenn man Korrekturen bei diesem Titel beantrage. Er bittet um Auskunft, welche Projekte bereits aus diesem Topf finanziert würden bzw. finanziert werden sollten.

Geschäftsführer Brauser (Projekt Ruhr GmbH) sagt zu, eine Übersicht der aktuellen Projekte, die bearbeitet würden, einschließlich der Projektpartner zu Protokoll zu geben.

Inzwischen arbeite man etwas mehr als ein Dreivierteljahr und könne sagen, dass sich die Kooperation zwischen KVR, Initiativkreis Ruhrgebiet, "Pro Ruhrgebiet" und Projekt Ruhr GmbH sehr gut entwickelt habe. Man treffe sich alle vier bis sechs Wochen und arbeite an gemeinsamen Projekten.

Eine intensive Zusammenarbeit habe man über den Innovationsbeirat auch mit den Kommunen entwickeln können. In allen Städten und Kreisen werde verstärkt über Entwicklungsschwerpunkte diskutiert. Unter dieser Überschrift sei eine Reihe von Projekten zu nennen, an denen die Projekt Ruhr GmbH sowohl mit personeller Präsenz als auch mit einer Hilfestellung, die mit den jeweiligen Projektpartnern verabredet werde, beteiligt sei.

CdS StS Adamowitsch ergänzt hinsichtlich der Frage, wie die Projekte vorbereitet und in welchen Gremien sie diskutiert würden, bevor der Aufsichtsrat Beschluss fasse: Innerhalb der Landesregierung existiere ein Lenkungskreis, der unter seiner Leitung tage und in dem die vorgeschlagenen Projekte einer förmlichen Bewertung zugeführt würden. Im so genannten Innovationsbeirat seien alle Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte aus der Gebietskulisse KVR vertreten. Bevor der Aufsichtsrat einen Beschluss fasse, berate der Innovationsbeirat über die Projekte und versee sie mit einem Votum für die endgültige Beschlussfassung. Wenn dann der Aufsichtsrat entschieden habe, trete die Projekt Ruhr GmbH in ihre Arbeit ein. Damit sei sichergestellt, dass eine fachliche Bewertung vonseiten des Landes und ein Dialogprozess mit den Gebietskörperschaften stattfänden; denn es mache keinen Sinn, Projekte auf den Weg zu bringen, die von der Region nicht akzeptiert würden. Nach den bereits gemachten Erfahrungen habe sich dieser Weg bewährt und stoße bei den Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landräten auf große Akzeptanz.

Werner Jostmeier (CDU) erinnert daran, dass man in den letzten Jahren zur Vorbereitung der Haushaltsberatungen jeweils Listen über die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung erhalten habe. Im letzten Jahr sei dies die Information 12/877 gewesen. In diesem Jahr habe man eine solche Übersicht nicht bekommen. Er bittet darum, eine entsprechende Liste bis zum 15. Februar zu erstellen, damit man sie noch in den Haushaltsberatungen verwenden könne.

CdS StS Adamowitsch sagt eine entsprechende Übersicht zu und weist darauf hin, dass die Listen bisher nur auf besondere Anforderung erstellt worden seien. Es spreche aber nichts dagegen, dies zukünftig als ständigen Service zu leisten.

Zu **Tagesordnungspunkt 2** - Stichwort "Feiertagsgesetz" - siehe **Beschlussteil**, Seite II.

3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahl zum Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen (Landeswahlgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/615

Vorsitzender Edgar Moron verweist darauf, dass in dem Gesetzentwurf unterschiedliche Regelungskomplexe angesprochen würden: Die Zahl der Mitglieder des Landtags solle verringert, eine Zweitstimme eingeführt und die Abweichungsmöglichkeit hinsichtlich der Einwohnerzahl der Wahlkreise prozentual verbindlich festgeschrieben werden. Darüber müsse